



## „Sie haben keine Chance – nutzen Sie sie!“

Von Marko Grosa, Landesvorsitzender der GdP Thüringen



vor dem Weihnachtsfeste dem Präsidenten übergeben.

Er soll jetzt fertigstellen, wozu man anderenorts über Jahrzehnte nicht zu erledigen imstande war. Vermutlich sind die Kisten bei Dunkelheit in der LPD abgestellt worden oder aber, es ist am Ende eines Termins bei Herrn Bischler auf die zurückgelassenen Kleinigkeiten aufmerksam gemacht worden.

Vielleicht mit den Worten: „Dazu müssten sie mal eben was erarbeiten!“. Es sind ja nur ein paar Kleinigkeiten, wie das niedliche Gesundheitsmanagement, das Erreichen von vorgegebenen Bundesstandards bei der Bereitschaftspolizei, die „richtige“ Eingruppierung der Tarifbeschäftigten, der Dienstsport, na ja, und neben den „Kleinigkeiten“, die von der Reform noch zu richten übrig sind, auch noch so dies und das.

Gerade einmal zwei Hände voll Personalmitarbeiter sollen jetzt die Aufgaben für das gesamte Land übernehmen. Mit nahezu dem gleichen Personal erledigte man zuvor die Aufgaben für nur eine PD. Wahrscheinlich wäre die Arbeit nicht einmal zu schaffen, wenn man aus dem ganzen Land nur die Allerbesten zusammengeführt hätte. Wir haben aber auch die Anderen. Unser Präsident wollte sich in seiner aktiven Dienstzeit noch mal einer neuen Herausforderung stellen. Die Handwerkszeuge, die man ihm aber dafür zur Verfügung stellt, reichen allenfalls für das nackte Überleben. Für Gestaltung gibt es da keine Chance! Und jetzt kommt der Moment, wo die Kuh Wasser lässt. Genauso, wie man sich in den LPI'en fragt, wie die Arbeit vor Ort nach dem Fortgang der Mitarbeiter überhaupt noch zu schaf-

fen ist, setzt man in der LPD die ganze Hoffnung auf das Eintreffen jener Beamten, die sich mit Rettungsbooten nicht schon ganz vom Mutterschiff „Polizei“ abgesetzt haben. Wir werden den Präsidenten mit gewerkschaftlichen Mitteln helfen müssen, wenn er die Lust an Thüringen nicht schon bald verlieren soll!

Dass der Staat mit Geld nicht umgehen kann, erlebt man vielerorts und das wurde jetzt neu belegt durch den Einbau von Panikschlössern an den Türen eines Polizeigebäudes, welche seit 1954 niemals abgeschlossen waren. Für den Fall, dass sie nun aber doch einmal abgeschlossen würden, investieren wir gleich einmal ein paar Tausend Euro, obwohl der Verkauf und Abriss des Gebäudes längst beschlossen ist. Das hervorragende Nebeneinanderarbeiten von innenministeriellen Amtswaltern und der Geldvernichtungsanlage des Thüringer Liegenschaftsmanagements macht es möglich, dass für dieses Kalenderjahr noch einmal 48000 € eingestellt sind, um dort auch noch die Toiletten zu sanieren. Wir bekommen es bestimmt locker hin, dass die vor dem Abriss mit der Sanierung fertig sind!

Ich werde oft gefragt, was die Polizeiführung eigentlich mit unseren Artikeln macht oder, ob es allein beim Unterhaltungswert dieser Zeilen bleibt. Neben dem so bezeichneten „Zentralorgan“ PIT ist unsere, vom Abgeordneten Wolfgang Fiedler oft so bezeichnete, „Kampfstille“ für die Polizeiverantwortlichen zu meist die einzige Quelle, um an das Wissen über die raue Wirklichkeit des polizeilichen Alltags heranzukommen. Ich habe schon mehrere Ausgaben mit grünen Anfragen und Aufgabenstellungen aus dem Ministerbüro gesehen und ich wurde deshalb vor dem Redaktionsschluss von der Abteilungsführung nicht selten gefragt, auf was man sich in der nächsten Ausgabe einstellen müsse oder auch, ob man das noch stoppen kann? Auch aus dem Landtag gibt es regelmäßig Anfragen, warum man in den dortigen Auslagen kein Exemplar mehr erhaschen kann. Leider ohne

Fortsetzung auf Seite 2



Ich wünsche allen Lesern ein gesundes neues Jahr 2013 und freue mich sehr, dass Ihr nicht nur gut hineingekommen seid, sondern auch darüber, dass Ihr bereits die ersten Stunden des Jahres wieder dem Lesen unserer gewerkschaftlichen Zeilen widmet.

Ein paar vorweihnachtliche Eindrücke habe ich aber noch mit hinübergenommen. Dazu zählt bspw. das Gewusel im Polizeipräsidium, das man LPD nennt. Das im Gebäudeinneren Erlebte glich einem zerstörten Ameisenhaufen. Die Wege einer scheinbar ganzen Armee von Hyperaktivisten kreuzten sich beim Schleppen schwerer Umzugskisten und beim Ausweichen im Begegnungsverkehr zwischen Direktionsangehörigen und den Arbeitern von Fremdfirmen.

Eine knappe Stunde später nahm ich einen Termin in der Polizeiabteilung des Thüringer Innenministeriums war. Dort war gerade ein Kollege von einem Außentermin zurückgekehrt, der Lebkuchen mitgebracht hatte und die anheimelnde Stimmung lud zum Nüsseknacken und Apfelsinenschälen ein. Im Ministerium hat man jetzt mehr Zeit für das Wesentliche. Die Kartons mit den untoten Vorgängen und dem Scheine nach antagonistischen Reformpapieren hatte man noch

Fortsetzung von Seite 1

davon einen wirtschaftlichen Gewinn zu bekommen, sagt man da schon auch gern mal mit Stolz: „Vergriffen!“

Nach viel zurückgelassenem Elend wollen wir gewerkschaftlich aber vor allem nach vorne schauen und wir dürfen uns auch mal wieder über positive Ereignisse freuen. Neben den gewonnenen Bezirkspersonalratswahlen und den zu unseren Gunsten klaren Kräfteverhältnissen stehen wir auch noch vor einer Kooperationsvereinbarung mit der DPoLG. Dem Bild ist zwar zu entnehmen, dass die Konturen unseres Partners noch nicht ganz klar sind, aber wir werden uns in den kommenden Tagen über all unsere Themen und Gemeinsamkeiten verständigen. Sehr wahrscheinlich wird es gar nicht viel geben, bei dem sich unsere Ziele voneinander unterscheiden. Positiv ist auch, dass wir in unserer Geschäftsstelle wieder eine Gewerkschaftssekretärin haben, die wir aus dem Vorzimmer des Innenministers abwerben konnten. Wenn ich dem Minister gegenüber für die unkomplizierte Abwicklung nicht so zu Dank verpflichtet wäre, hätte ich bestimmt gesagt: „Sehen Sie, das kommt davon, weil man in der Thüringer Polizei für die Tarifbeschäftigten zu wenig tut!“

**Euer Landesvorsitzender**

## Staffelstab übergeben



**Herzlich willkommen!**



**Vielen Dank!**

**Fotos: GS**

**Am 1. Dezember 2012 hat die neue Gewerkschaftssekretärin des GdP-Landesbezirks Thüringen ihre Tätigkeit aufgenommen. Kerstin Rothe löst Monika Pape ab, die nach fast vierjähriger Tätigkeit wieder in ihren Beruf als Verwaltungsbeamtin zurückkehrt.**

Kerstin Rothe war bisher als Tarifbeschäftigte in der Thüringer Polizei und im Innenministerium tätig. Sie arbeitete unter anderem in der Polizeieinspektion Eisenach, in den Polizeidirektionen Gotha und Erfurt und im Innenministerium im Ministerbüro. Sie kennt also die Thüringer Polizei in- und auswendig. Gewerkschaftlich ist Kerstin Rothe seit vielen Jahren besonders in der Frauengruppe aktiv. Mehrere Wahlperioden war sie stellvertretende Vorsitzende der Landesfrauengruppe.

Im Herbst hatte sie sich für die Tätigkeit als Gewerkschaftssekretärin beworben und sich gegen mehrere Bewerber durchgesetzt.

Sie übernimmt ein großes Aufgabenfeld. Neben der eigentlichen Geschäftsstellenarbeit obliegt ihr insbesondere die Organisation der Gewerkschaftsarbeit, die Koordinierung von Terminen und die Pflege gewerkschaftlicher Kontakte zu anderen Gewerkschafts-

ten, zur Politik und zu Vereinen, Organisationen, Verbänden etc. „Ich freue mich sehr auf die neuen Aufgaben. Ich habe bereits auch eine ganze Reihe konkreter Vorstellungen, was sich in der Arbeit der Geschäftsstelle ändern soll, ich muss jedoch noch prüfen, ob sich meine Vorstellungen auch umsetzen lassen“, verrät Kerstin Rothe der Redaktion.

In ihren alten Beruf zurückgekehrt ist Monika Pape, die 2009 die Leitung der Geschäftsstelle übernommen hatte. „Die Gründung der Landespolizeidirektion hat mir eine neue berufliche Herausforderung geboten, der ich mich gerne stellen will.“

Ich bin froh darüber, dass mir die Polizeiführung und der GdP-Landesvorstand diese Chance ermöglicht haben. Ich gehe aber auch mit einem weinenden Auge, weil mir die Arbeit in der Geschäftsstelle wirklich Spaß gemacht hat“, sagte Moni zum Abschied.

Landesvorsitzender Marko Grosa dankte Monika Pape mit einem Präsent des Landesvorstandes für die Arbeit der letzten vier Jahre. Sie bleibt der GdP aber als stellvertretende Redakteurin und als Mitglied des Vorstandes der Kreisgruppe LPD/TIM erhalten. Zugleich begrüßte er Kerstin Rothe in der Geschäftsstelle und wünschte ihr für ihre zukünftige Tätigkeit viel Erfolg. Dem schließt sich die Redaktion an.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Thüringen**

**Geschäftsstelle:**  
Juri-Gagarin-Ring 153  
99084 Erfurt  
Telefon: (03 61) 59 89 50  
Telefax: (03 61) 5 98 95 11

**Redaktion:**  
Edgar Große (Vi.S.d.P.)  
PD Jena  
Am Anger 30  
Telefon: (0 36 41) 81-15 88  
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



JUNGE GRUPPE

# Ein Teil von uns geht – alles gut Dirk!

**Unser Dirk Müller, stellvertretender Vorsitzender der Jungen Gruppe, hat sich vor kurzem entschieden, die Junge Gruppe Thüringen zu verlassen, es ist aber ein glücklicher Abschied.**

Aber zurück zum Anfang. Ich kann mich noch sehr genau erinnern, als wäre es gar nicht so lange her, als unser Dirk mir das erste Mal über den Weg lief und seine Interesse an der Gewerkschaftsarbeit zeigte. Es dauerte nicht lange und die GdP wurde ein großer Teil seines Lebens. An vielen Fronten kämpfte und erkämpfte er für die Mitglieder Vorteile und sprach die Probleme an.

Nun sind wir im verflixten siebten Jahr unserer Zusammenarbeit und wir schreiben Dezember 2012. Dirk Müller geht seinen eigenen Weg ohne Thüringen, aber es ist ein glücklicher und guter Weg, weil seine Wünsche und Vorstellungen in Erfüllung gegangen sind. Dirk hat mit seinem Tausch in das Bundesland Sachsen seinen nächsten Lebensabschnitt begonnen und ist zu seinen Wurzeln in seine Heimat Sachsen zurückgekehrt.

Als stellvertretender Vorsitzender der Jungen Gruppe verlässt damit ein wichtiges Teil die Junge Gruppe und wird doch im Herzen immer bei uns sein. Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass Dirk auf Grund seines „Alters“ der Jungen-Gruppe-Arbeit in einer Funktion demnächst entwachsen wäre. Nichtsdestotrotz verlässt er uns und hinterlässt eine Lücke, die es gilt zeitnah zu schließen.

Die wichtige Schnittstelle zum Bundesjugendvorstand hat Dirk die letzten Jahre gelebt und Thüringen in allen Belangen vertreten, die Arbeit in und um Erfurt und den Aufbau der jungen GdP'ler vorangetrieben. Zudem nahm sich Dirk immer die Zeit für unsere jungen Wilden und unterstützte die Mitgliederwerbung. Eigentlich kämpfte er wie viele an vielen Fronten und dieses bis zum heutigen Tage in Thüringen. Ideen wurden eingebracht und umgesetzt, das Team Junge Gruppe gestärkt und belebt. Für alles dieses sei nun ihm hiermit ein großes „DANKE“ gesagt.

Die Abschiedsworte in seinem Schreiben seien hier zitiert und stehen für unsere Arbeit der Gewerkschaft und der Jungen Gruppe in Thüringen: „Ich möchte dem Landesbezirk Thüringen für seine

langjährige Unterstützung meiner Person und für seine geleistete Arbeit danken. Ich habe mich sehr gut vertreten gefühlt und drücke dem Landesbezirk Thüringen für den Kampf um die gerechte Sache stets die Daumen. Ich wünsche meinen Mitstreitern der Jungen Gruppe viel Erfolg im weiteren Kampf gegen die Ungerechtigkeiten des Arbeitsalltags und dem Organisieren von unvergesslichen Feierlichkeiten. Da ich aber nicht aus der Welt sein werde, hoffe ich auf eine weitere gemeinsame länderübergreifende Zusammenarbeit.“

Wir als Junge Gruppe und vor allem der Vorstand wünschen Dir, lieber Dirk, im Berufs- und im Alltagsleben, das alle

Deine Wünsche in Erfüllung gehen, das Freunde Freunde bleiben und die Gewerkschaft der GdP ein treuer und positiver Begleiter in Deinem Leben sein wird. Wir werden auch weiter treu nach dem Motto handeln „Wir sehen uns immer zweimal im Leben!“

*Deine Junge Gruppe Thüringen*



Dirk Müller (re.) im Kreise seiner Kollegen.

Foto: JG

## Veranstaltungsplan 2013 der SG Saalfeld

Datum	Uhrzeit	Veranstaltungsortort	Art der Veranstaltung
09.01.2013	15.00	Ort wird noch bekannt gegeben	Karpfenessen
28.01.2013	14.30	Gorndorf	Bowling
<b>19.02.2013</b>	<b>15.00</b>	<b>Ort offen</b>	<b>Stammtisch Maxhütte</b>
11.03.2013	14.30	Gorndorf	Bowling
10.04.2013	15.00	Ort wird noch bekannt gegeben	Kräuterwanderung
22.04.2013	14.30	Gorndorf	Bowling
15.05.2013	15.00	Eyba	Stammtisch (Thema offen)
03.06.2012	14.30	Gorndorf	Bowling
12.06.2013	07.00	Saalfeld	Busexkursion Dresden
03.07.2013	09.00	Limbach	Rennsteigwanderung
15.07.2013	14.30	Gorndorf	Bowling
31.07.2013	15.00	Kamsdorf	Pokalschießen
14.08.2013	15.00	Hohenwarthe	Sportfest
26.08.2013	14.30	Gorndorf	Bowling
04.09.2013	11.00	Uhlstädt	Floßfahrt
18.09.2013	09.00	Ort wird noch bekanntgegeben	Pilzwanderung
07.10.2013	14.30	Gorndorf	Bowling
23.10.2013	15.00	Ort wird noch bekannt gegeben	Ritteressen
06.11.2013	15.00	Eyba	Stammtisch (Thema offen)
18.11.2013	14.30	Gorndorf	Bowling
27.11.2013	15.00	Eyba	Jahresabschluß
16.12.2013	14.30	Gorndorf	Bowling



# Gigantisches Versagen der Politik

Von Edgar Große, stellv. Landesvorsitzender der GdP Thüringen

**Am 27. November 2012 hat der Thüringer Finanzminister Dr. Wolfgang Voß (CDU) den ersten Thüringer Pensionsbericht vorgestellt. Der Thüringer Landtag hatte die Landesregierung 2011 beauftragt, in jeder Legislaturperiode einen solchen Bericht vorzulegen. Die Zahlen sind für Insider keine Überraschung, werden von den Medien aber fast schon als Bedrohung für die Existenz des Freistaates dargestellt. Dabei sind die zu erwartenden Versorgungslasten nur ein Beweis für ein gigantisches Versagen der Politik.**

1990 wurde auch in Thüringen eine breite Diskussion darüber geführt, ob und in welchem Umfang im Beitrittsgebiet das Berufsbeamtentum installiert werden sollte. Die Herstellung der deutschen Einheit wäre ein guter Anlass gewesen, den öffentlichen Dienst in Deutschland zu reformieren. Diese Chance wurde in der Einigungseuphorie leichtfertig vertan. Es soll dabei allerdings auch nicht verschwiegen werden, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Unsicherheiten der Wendezeit die Sicherheit des Beamtenstatus hoch geschätzt haben und Gewerkschaften nicht mal daran denken, sich gegen die Einführung des Berufsbeamtentums auszusprechen, ohne dass ihnen die Mitglieder scharenweise davongelaufen wären.

Das Thema Versorgungslasten ist aber nicht neu und war auch in der Wendezeit schon bekannt. Für die jungen Bundesländer hätte sehr wohl die Möglichkeit bestanden, für die künftigen Versorgungsfälle vorzusorgen. Die Begriffe Nachhaltigkeit, Folgenabschätzung oder Risikoabschätzung von Politik gibt es nicht erst seit gestern. Einzige Maßnahme war jedoch die Anhebung der notwendigen Zahl der Versorgungsjahre für die Höchstversorgung von 35 auf 40 Jahre.

Spätestens Mitte der 90er Jahre konnte niemand mehr sagen, das Problem künftiger Versorgungslasten der Beamten sei ihm nicht bekannt. 1996/97 lief das Gesetzgebungsverfahren für die Novellierung des damals noch bundeseinheitli-

chen Versorgungsgesetzes. In diesem Zusammenhang wurde erstmals öffentlich wahrgenommen, dass die Verbeamtungswellen der 70er Jahre in den alten Ländern nach 2010 verstärkt zu Versorgungslasten führen würden. Auf dieses Versorgungsreformgesetz 1998 gehen alle wesentlichen Eingriffe in die Beamtenversorgung zurück bzw. wurden dann in Folgegesetzen noch drastischer ausgelegt. Als wesentliche Eingriffe sind zu nennen, die Reduzierung der Höchstversorgung von 75 auf 71,75%, die Reduzierung der Besoldung um jeweils 0,2% der Besoldungserhöhung und die damit verbundene Bildung von Pensionsfonds, die Einschränkung der Anerkennung von Zeiten außerhalb des Beamtenverhältnisses



auf die ruhegehaltfähigen Dienstzeiten, die Aufhebung der Ruhegehaltfähigkeit von Zulagen, z. B. der Polizeizulage bzw. jüngst die Anhebung des Pensionsalters von 65 auf 67 bis zum Jahr 2023. Alle Maßnahmen, die in den letzten 20 Jahren zur Reduzierung der Versorgungslasten ergriffen wurden, haben bundesweit zusammengekommen einen Gegenwert eines zweistelligen Milliardenbetrages.

Das alles reicht aber nicht aus, um das Problem wirklich in den Griff zu bekommen. Thüringen hat sich dafür entschieden, viele Beamte zu ernennen. Die meisten Betroffenen waren zum Zeitpunkt der Berufung nicht mehr in einem Alter, in dem man üblicherweise Beamter wird. Polizeibeamte wurden bis zur Vollendung des 50. Lebensjahres noch ins Beamtenverhältnis berufen. Aufbauhelfer, lebensältere und erfahrene Beamte aus den alten Ländern wurden in den Landesdienst übernommen. Es war in diesen

Fällen also klar, dass relativ schnell auch Versorgungsausgaben entstehen würden. Trotzdem wurden die gegenüber einem vergleichbaren Tarifbeschäftigten eingesparten Sozialbeiträge nicht zur Bildung von Rücklagen verwendet, sondern an anderer Stelle ausgegeben. Zusätzlich wurde ein Schuldenberg von mehr als 15 Milliarden Euro angehäuft.

Es gibt bisher nur ein einziges Bundesland, das neben der Schadensbegrenzung für vorhandene Beamte bei neu eingestellten Beamten von Anfang an Versorgungsrücklagen bildet. Alle anderen Bundesländer arbeiten nach Kassenlage. Niedersachsen hat seinen Pensionsfonds wieder aufgelöst und zur Sanierung des Landeshaushaltes eingesetzt. Thüringen hat die Einzahlungen in den Pensionsfonds reduziert. Eine kurzfristigere Haushaltspolitik ist kaum vorstellbar.

Am Ende müssen Beamte nicht nur mit immer weniger Haushaltsstellen und sich ständig reduzierenden Versorgungsansprüchen klarkommen. Sie werden zum Dank dafür, dass sie die Funktion des Staatswesens in der Bundesrepublik, den Ländern und Kommunen gewährleisten, auch noch als Bedrohung für den Staat hingestellt, die mit ihren Privilegien den Staat ruinieren. Vergessen wird dabei allzu gern die Doppelfunktion der Beamtenversorgung. Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst bekommen neben ihrer Rente eine Zusatzversorgung, die zum Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Weit mehr als die Hälfte der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik haben Anspruch auf eine Betriebsrente, die zusätzlich zur gesetzlichen Altersrente gezahlt wird. Die GdP hat sich auch immer gegen die massive Absenkung des Rentenniveaus ausgesprochen.

Die GdP fordert deshalb erneut die Versachlichung der Diskussion. Die Beamten sind an der Situation nicht schuld. Der Dienstherr hat seinen Beamten in voller Kenntnis der Sachlage das Beamtenverhältnis angeboten. Es ist deshalb nicht redlich, nachdem die Beamten ihre Arbeitskraft ein Leben lang voll in den Dienst des Dienstherrn gestellt haben, mit ihnen um die Höhe ihrer Pension feilschen zu wollen. Leistung und Gegenleistung müssen sich die Waage halten. Geschieht dies nicht, führt der Staat das Berufsbeamtentum selbst ad absurdum.



# Ersten Thüringer Pensionsbericht vorgestellt

**Auf Bitten des Thüringer Landtages hat die Landesregierung den ersten Thüringer Pensionsbericht erstellt und der Öffentlichkeit die wesentlichen Ergebnisse mitgeteilt. Der Pensionsbericht wurde auch den Spitzenorganisationen der Berufsvertretungen zugeleitet. Finanzminister Dr. Wolfgang Voß hat die Vorstellung des Berichtes wegen der finanziellen Auswirkungen mit der Forderung nach moderaten Besoldungserhöhungen verbunden.**

In dem Bericht heißt es: Auf den Freistaat Thüringen kommt in den nächsten Jahren ein deutlicher Anstieg der Ausgaben für die Versorgung der Beamten und Richter (Beamtenversorgung) zu, da in näherer Zukunft Beamte und Richter in größerer Zahl in den Ruhestand eintreten werden. Die Beamtenver-

Variante 1 = 0,8% bzw. 1,0%  
 Variante 2 = 1,41% bzw. 1,61%  
 Variante 3 = 1,8% bzw. 2,0%

Bei den Varianten 1 und 3 handelt es sich um Annahmen. Die Variante 2 ist der Durchschnittswert der Bezügeanpassung der letzten zehn Jahre. In allen drei Varianten wurde gemäß § 64 Abs. 3 ThürBesG bis zum Jahr 2017 eine um 0,2 v. H. niedrigere Anpassung als in den Folgejahren gewählt. Für die Berechnungen wurden die jährlichen Anpassungen jeweils zum 1. Januar eines Jahres unterstellt.

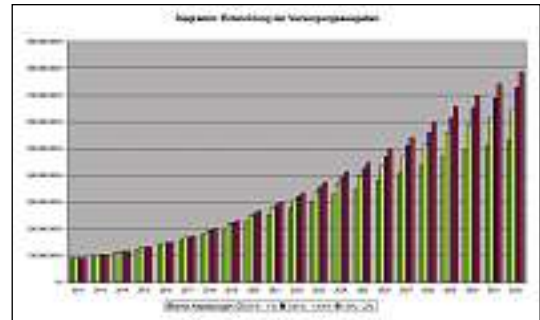
Für den Bericht wurden eine Reihe von Annahmen bezüglich der ruhegehaltfähigen Bezüge und Dienstzeiten, des Versorgungsabschlages, der vorübergehenden Erhöhung des Ruhegehaltsatzes, der Mindestversorgung und des Ausgleichs besonderer Altersgrenzen gemacht. Unter Berücksichtigung dieser Annahmen kommen auf den Freistaat Pensionsausgaben zwischen 89,8 Mio. Euro im Jahre 2012 und im Mittel rund 730 Mio. Euro im Jahre 2032 zu (Tabelle 2 und 3). Je weiter die Prognosen in die Zukunft reichen, desto unsicherer werden sie.

Dabei bleiben die grundsätzlich ab dem Jahr 2014 möglichen Entnahmen aus dem Thüringer Pensionsfonds zur Entlastung der laufenden Versorgungskosten unberücksichtigt, da über die Verwendung der

Mittel des Pensionsfonds nach § 5 des Thüringer Pensionsfondsgesetzes nur durch Gesetz entschieden werden kann und deshalb gegenwärtig keine seriöse Prognose möglich ist. Ungeachtet dessen wird der Thüringer Pensionsfonds mit seinem begrenzten Volumen keinen substantiellen Beitrag zur Entlastung bei den künftigen Versorgungskosten leisten können.

Die Entwicklung der Versorgungskosten ist strukturell bedingt und wird sowohl von der Verbeamtungspolitik in der Vergangenheit als auch durch die Entscheidungen

Tabelle 2



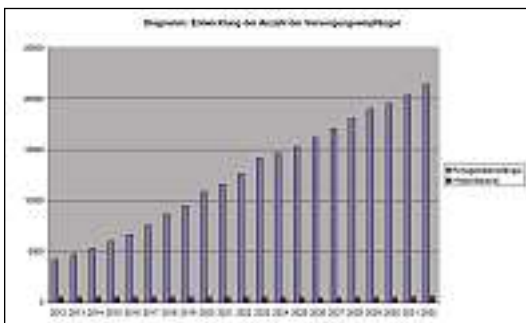
zur Verbeamtung für die Zukunft beeinflusst. Sie ist im Hinblick auf die Verbeamtungen in der Vergangenheit grundsätzlich nicht abänderbar.

Beeinflussbar im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben im Besoldungs- und Versorgungsrecht ist die zukünftige Entwicklung der Versorgungskosten durch die Höhe der Bezügeanpassungen, wie sich aus den Vergleichsberechnungen mit den verschiedenen Annahmen ergibt.

Langfristig beeinflussbar ist die Entwicklung der Versorgungskosten ferner durch die Verbeamtungspolitik. Zurückhaltung bei der Verbeamtung und deren Beschränkung auf die hoheitlich handelnden Teile der Landesverwaltung können die künftigen Versorgungsausgaben des Freistaates begrenzen. Dabei wird jedoch auch die Verbeamtungspraxis von Bund und Ländern im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Freistaat Thüringen zu berücksichtigen sein.

(Quelle: Thüringer Pensionsbericht der Landesregierung vom 14. 11. 2012)

Tabelle 1



sorgung wird direkt aus dem Landeshaushalt getragen. Es ist deshalb ein Gebot einer nachhaltigen Finanzpolitik, einen Überblick über die zu erwartenden Ausgaben zu erhalten. Dabei sollte der vorgesehene Prognosezeitraum von 20 Jahren wegen der derzeit nicht vorhersehbaren künftigen Entwicklungen gesellschaftlicher, demographischer und medizinischer Art für die Planung und Durchführung politischer und rechtlicher Maßnahmen jedoch nicht überschritten werden.

Die voraussichtliche Entwicklung der Versorgungsempfänger ist in Tabelle 1 dargestellt. Die Entwicklung der prozentualen Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge ist der am wenigsten vorhersehbare und am meisten beeinflussbare Faktor für die Entwicklung der Versorgungsausgaben. Hier werden verschiedene Varianten berechnet:

Tabelle 3

Jahr	ohne Anpassungen	0,8% - 1% Anpassungen	1,41% - 1,61% Anpassungen	1,8% - 2% Anpassungen
2012	89.810.020 €	89.701.032 €	89.772.675 €	89.810.262 €
2013	100.158.567 €	101.652.373 €	101.817.110 €	102.278.649 €
2014	112.029.611 €	114.642.199 €	115.554.603 €	116.542.272 €
2015	125.773.680 €	128.349.255 €	129.409.245 €	130.968.035 €
2016	138.208.609 €	144.619.932 €	145.607.654 €	146.062.225 €
2017	155.735.099 €	164.852.330 €	167.685.849 €	171.088.787 €
2018	178.221.088 €	190.659.020 €	194.952.594 €	199.732.693 €
2019	199.754.187 €	215.974.297 €	222.099.774 €	228.379.034 €
2020	227.882.274 €	248.789.194 €	257.328.610 €	265.591.636 €
2021	250.403.787 €	278.081.432 €	287.190.390 €	297.026.419 €
2022	275.033.415 €	306.125.249 €	320.302.093 €	333.041.374 €
2023	302.174.747 €	339.583.573 €	387.543.536 €	373.180.586 €
2024	328.052.319 €	372.183.856 €	394.439.039 €	413.272.187 €
2025	347.034.690 €	398.287.329 €	434.890.344 €	446.625.419 €
2026	370.586.602 €	437.448.965 €	489.755.697 €	495.652.049 €
2027	405.172.735 €	472.470.530 €	510.790.460 €	541.248.032 €
2028	436.028.608 €	513.188.107 €	559.042.414 €	594.720.519 €
2029	470.683.706 €	558.412.395 €	613.855.405 €	655.665.893 €
2030	492.274.675 €	586.234.207 €	651.980.708 €	698.932.732 €
2031	511.635.361 €	619.124.705 €	689.436.465 €	740.763.782 €
2032	531.776.193 €	649.785.269 €	727.207.015 €	785.006.967 €



## Gewerkschaftsübergreifende Arbeit beraten

**Erfurt (sw). Am 27. 11. 2012 fand die turnusmäßige Landesvorstandssitzung der Senioren statt. Dieter Johannes setzte die Mitglieder des Landesvorstandes über die aktuelle gewerkschaftliche Lage im Land sowie auf der Bundesebene in Kenntnis.**

Im Rahmen einer Tagung auf Landesebene, an der die Ministerpräsidentin Frau Lieberknecht teilnahm, wurde sichtbar, dass die Gleichberechtigung der Seniorinnen und Senioren noch lange nicht gewährleistet ist. So ist die Mitwirkung auf ehrenamtlicher Basis gern gesehen, aber die Mitbestimmung bei Weitem nicht gegeben und auch nicht gewollt. In einem Gesetzentwurf zu diesem Problemkreis wurde auf Betreiben des Innenministeriums genau dieser Teil gestrichen, sodass der Gesetzentwurf nach Auffassung des Seniorenvorstandes nicht das Papier wert ist, auf das er geschrieben ist.

Durch den Landesseniorenvorstand der GdP wird angestrebt, dass die Beziehungen zu den zzt. bestehenden 34 Seniorenvertretungen in Thüringen enger gestaltet werden, damit ein einheitlicheres Einwirken auf die Politik erreicht werden kann.

Auf einer Konferenz des Landesausschusses Hessen/Thüringen des DGB wurde das Problem der Altersarmut in den Mittelpunkt gestellt. Herausgearbeitet wurde u. a., dass über 50% der im Arbeitsprozess Stehenden objektiv nicht in der Lage ist, neben der gesetzlichen Altersvorsorge eine private Vorsorge zu installieren. Die gesetzliche Altersvorsorge gewährleistet aber nicht einmal die sogenannte Grundversorgung. Die Politik kennt das Problem, redet und redet, aber unternimmt nichts, um dem vorzubeugen, nach dem Motto, nach uns die Sintflut.

Zu diesem gleichen Thema führt die Frauengruppe Bund am 5. und 6. März aus Anlass des Internationalen Frauentages eine Beratung durch. Das Land Thüringen wird durch Erika Hermanns vertreten.

Im Weiteren wurde auf die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) verwiesen, in der die GdP vertreten ist und die einen reichen Fundus zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit darstellt.

Die Teilnehmer der Beratung brachten ihren Unmut zum Ausdruck über die gegenwärtige Praxis der Bearbeitung in der Beihilfe und unterstützte die Beschwerde aus Nordthüringen. Es kann nicht sein, dass ein Berechtigter bis

zu drei Monaten auf sein Geld warten muss.

Darüber hinaus wurden die ersten vorbereitenden Maßnahmen für die Landes-seniorenkonferenz 2013 beschlossen. Die Konferenz wird auf Delegiertenbasis durchgeführt und findet im September 2013 statt. Neben dem Bericht des Arbeitsgremiums der Senioren und die Aussprache dazu wird sich die Konferenz überwiegend mit Fortbildungsfragen beschäftigen. Ziel ist es dabei, einen festen Stamm von Ansprechpartnern zu gewinnen, die in den Kreisgruppen tätig werden und an die sich die Gewerkschafter im Besonderen die Seniorinnen und Senioren mit ihren Fragen wenden können. Bis zum 31. 1. 2013 sollen dazu Themenvorschläge eingereicht werden.

In den Berichten der Kreisgruppen wurde eine positive Bilanz der Seniorenarbeit sichtbar. Ziel ist es dabei, einen immer größeren Kreis von Seniorinnen und Senioren für die Seniorenarbeit zu gewinnen. Unter Kritik wurde zum wiederholten Male gestellt, dass das Innenministerium Thüringen sein Versprechen, im Rahmen seiner Fürsorgepflicht die aktiven Kolleginnen und Kollegen auf den Ruhestand vorzubereiten, bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nachgekommen ist. Das nennt man kurz Verantwortungslosigkeit.

## Erfolge von PSR sind noch nicht zu sehen

**Saalfeld (sw). Am 14. November 2012 war wieder Stammtischzeit in der Seniorengruppe. Begrüßt werden konnte der Vertreter der Kreisgruppe, Koll. Jürgen Werner. Er machte die Seniorinnen und Senioren mit der aktuellen Lage im Dienstbereich der Kreisgruppe Saalfeld vertraut. Der Stand der Umsetzung und die Wirkung der Polizeistrukturereform (PSR) fand bei den Anwesenden großes Interesse.**

Die Darlegungen machten sichtbar, dass die vom Land Thüringen prognostizierten Verbesserungen der PSR in der polizeilichen Wirksamkeit noch in keiner Weise erreicht werden konnten und die

Ankündigung, mehr blau auf der Straße zu bringen, sich zurzeit ins Gegenteil verkehren. Die dienstlichen Verhältnisse verschlechtern sich, sodass durch Arbeitsverdichtung und Unsicherheit der Krankenstand in der Belegschaft zunimmt. Die Zusammenlegung der Polizeiinspektionen Saalfeld und Rudolstadt hat nach Auffassung der Kreisgruppe bisher nicht zu mehr Präsenz durch zusätzliche Streifen geführt. Wer jetzt zur Nachtzeit zur Polizeistation Rudolstadt geht, der muss vor der Tür warten, bis ein Funkwagen kommt.

Die Gesamtumstände der Umsetzung der Polizeistrukturereform im Zusammenhang mit der vorgezogenen Beurteilungsrunde, dem Stellenbesetzungsverfahren und den Beförderungen, die in einigen Besoldungsgruppen durch Klagen

behindert werden, lassen die Motivation der Beamten und Angestellten gegen Null sinken. Die Seniorinnen und Senioren zeigten sich besorgt über diese Entwicklung.

Im Anschluss an diese Ausführungen kam dann das Problem der Beihilfe-gewährung in Thüringen zur Sprache. Be-klagt wurde durch Pensionsempfänger die lange Bearbeitungszeit von Beihilfe-anträgen von bis zu einem Vierteljahr. Einheitlich kam zum Ausdruck, dass es nicht sein kann, dass das Land Thüringen auf Kosten der Beihilfeempfänger seine Finanzen saniert.

Zum Abschluss stand der Veranstaltungsplan für das Jahr 2013 zur Beratung, wobei an den guten Erfahrungen angeknüpft werden konnte und das Spektrum erweitert wurde.



## Am Stammtisch belauscht

**Willi:** Guten Tag Klaus, was machst du denn heute für ein Gesicht, und dann sitzt du noch ohne Bier da?

**Klaus:** Ich überlege noch, ob ich mir ein Bier leisten kann.

**W.:** Wie das, reicht denn deine Pension nicht mehr für ein Bier am Stammtisch?

**K.:** Die Pension würde schon reichen, auch wenn sie nicht so üppig ist, wie man es sich wünscht.

**W.:** An was liegt es denn dann?

**K.:** Ich muss zurzeit den Landeshaushalt meines Heimatlandes Thüringen mitfinanzieren.

**W.:** Du machst wohl Späße? Als ob das Land Thüringen auf deine paar Euro Pension angewiesen wäre.

**K.:** Dir dürfte noch in Erinnerung sein, dass ich vor geraumer Zeit im Krankenhaus war und operiert wurde. Du hast mich ja noch besucht.

**W.:** Das ist mir wohl noch in Erinnerung, aber was hat das mit dem Bier und dem Landeshaushalt zu tun? Das klingt ja fast wie Alzheimer.

**K.:** Werde mal nicht frech, mir ist nicht zum Spaß zumute.

**W.:** Na dann komm endlich mal auf den Punkt.

**K.:** Die Operation, das Krankenhaus, die Medikamente usw. kosten Geld, und nicht zu wenig.

**W.:** Dafür bekommen wir ja die Beihilfe vom Land und den Rest sichern wir privat ab.

**K.:** Wenn man das so hört, sollte man meinen, es ist alles in Butter.

**W.:** Ja, mir ist schon bekannt, dass da auch der Beamtenschimmel auf der Bürokratie reitet.

**K.:** Und das nicht zu knapp. Das beginnt schon damit, dass du in die sogenannte Vorkasse gehen musst.

**W.:** Mag sein, du bekommst das Geld ja wieder, zum Teil von der Beihilfe und den Rest von deiner Versicherung.

**K.:** Und da sind wir beim Problem. Ich warte seit fast drei Monaten auf mein Geld. Und ehe die Beihilfe nicht gezahlt hat, zahlt auch die Zusatzversicherung nicht.

**W.:** Das heißt, du hast alles beglichen, die Krankenhauskosten, die Ärzte und auch in der Apotheke, die will ja schließlich auch Geld für die Medikamente haben.

**K.:** So ist es und nun stehe ich mit meinem Konto tief in den roten Zahlen.

**W.:** Jetzt verstehe ich deine Bemerkung von vorhin, mit der Finanzierung des Landeshaushaltes. Solange das Land dir dein zustehendes Geld nicht zahlt, solange kann es damit arbeiten und spart Zins und Zinseszins.

**K.:** Das ist die eine Seite, dazu kommt, ich muss für die Überziehung meines Kontos auch noch Überziehungszinsen zahlen, die mir am Ende keiner erstattet, und das sind zurzeit satte 16,8%.

**W.:** Das Problem mit dem Land Thüringen kann ich dir leider nicht klären, da wirst du wohl eine ordentliche Beschwerde schreiben müssen. Damit du aber nicht mit einer trockenen Kehle und einem großen Durst nach Hause gehen musst, spendiere ich heute für einen guten Kumpel das Bier.

Na dann Prost!!

### KURZ BERICHTET

## Thüringen ist beliebter Hochschulstandort

Die Zahl der Studierenden an den 13 Thüringer Hochschulen hat sich im Wintersemester 2012/2013 nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Thüringer Landesamtes für Statistik gegenüber dem Vorjahr geringfügig verringert. Im Wintersemester 2011/2012 waren insgesamt 53 668 Studierende ordentlich immatrikuliert, im Wintersemester 2012/2013 sind es 53 254 Personen.

Im Studienjahr 2012 (Sommersemester 2012 und Wintersemester 2012/2013) haben 10 327 Personen erstmals ein Studium an einer Thüringer Hochschule aufgenommen. Damit stieg die Zahl der Studienanfänger von 9 487 Personen im Studienjahr 2003 um 8,9 Prozent (840 Personen).

Gut die Hälfte der ordentlich immatrikulierten Studierenden an den Thüringer Hochschulen im Wintersemester 2012/2013 ist weiblich (48,4 Prozent). Der Anteil der weiblichen Studierenden

blieb im Vergleich zum Wintersemester 2003/2004 relativ konstant (48,2 Prozent).

An den Universitäten studieren im Wintersemester 2012/2013 insgesamt 36 386 Personen, was einen Anteil von 68,3 Prozent an allen Studierenden ausmacht. Im Wintersemester 2003/2004 betrug der Anteil der Studierenden an Universitäten mit 35 169 Personen 71,5 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Studierenden an Fachhochschulen (einschließlich der Verwaltungsfachhochschule) von 26,9 Prozent im Wintersemester 2003/2004 (13 225 Studierende) auf 30,1 Prozent im Wintersemester 2012/2013 (16 040 Personen).

Im Wintersemester 2012/2013 haben von den insgesamt 53 254 Studierenden nach vorläufigen Ergebnissen 30 600 Personen (57,5 Prozent) ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Thüringens erworben. Neun Jahre zuvor waren

es von 49 193 Studierenden 37,8 Prozent. Insgesamt 4 797 Studierende mit anderer als deutscher Staatsangehörigkeit sind im Wintersemester 2012/2013 an den Thüringer Hochschulen eingeschrieben. Das sind 2 114 Personen (78,8 Prozent) mehr als neun Jahre zuvor. Der Anteil der ausländischen Studierenden an den Studierenden insgesamt beträgt im aktuellen Wintersemester 9,0 Prozent (Anteil Wintersemester 2003/2004: 5,5 Prozent).

Mit der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge im Zuge der Bologna-Reform stieg der Anteil dieser Abschlüsse jährlich kontinuierlich an. Von den 53 254 Studierenden im Wintersemester 2012/2013 streben 39 681 einen Bachelor- oder Masterabschluss an (74,5 Prozent). Im Wintersemester 2003/2004 waren es 33 665 Studierende (6,8 Prozent).





# Eingruppierung der Tarifbeschäftigten ...

## ... in Sachsen

Ein Jahr ist seit der Einführung der Entgeltordnung vergangen, die Unterscheidung nach Arbeitern und Angestellten gehört zumindest für die Eingruppierung der neu einzustellenden Beschäftigten der Vergangenheit an. Jetzt differenzieren wir leider mehr und mehr nach Festeingestellten und „Gastarbeitern“. Auch für einige der 353 befristet Beschäftigten in der Polizei war bis zum Jahreswechsel noch die Möglichkeit einer besseren Eingruppierung gegeben. Ein weitaus bedeutsamer Schritt für diese Mitarbeiter wäre die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis! Immer wieder müssen wir Kollegen gehen lassen, die sehr gute Arbeit geleistet haben.

Und die Zahl derer wird, betrachtet man die Haushaltspläne der nächsten Jahre, immer weniger. Aus den 353 Stellen werden im Haushalt 2013/2014 erst 273, dann 260. Der Löwenanteil wird in den Entgeltgruppen 5 bis 8 eingespart. Die zu erledigenden Aufgaben werden aber nicht weniger. Von den derzeit 2295 Tarifbeschäftigten sind zirka 15 Prozent in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis. In den letzten Jahren haben wir auf Grund der fortwährenden Personalsuche für befristete Zeiträume feststellen müssen, dass gutes Personal bei unseren Rahmenbedingungen schwer zu finden ist.

Der Altersdurchschnitt der verbleibenden Beschäftigten lässt eine weitere Arbeitsverdichtung kaum zu. Ein hoher Anteil der Beschäftigten in den Entgeltgruppen 5 (709), 6 (420), 8 (178) und 9 (196) werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Altersstruktur wieder auf solide Füße zu stellen, gutes Personal an die sächsische Polizei zu binden und die Möglichkeiten der Entgeltordnung für eine vernünftige Entlohnung zu nutzen. Das erfordert engagiertes und zukunftsorientiertes Handeln von der Staatsregierung bis zum direkten Vorgesetzten, um augenscheinliche Fehlentwicklungen zu korrigieren.

*Jörg Günther*

## ... in Sachsen-Anhalt

Mit der Einführung der neuen Entgeltordnung hat sich bei der Polizei in Sachsen-Anhalt erst einmal nicht viel geändert. Nach Inkrafttreten des Tarifvertrages der Länder (TdL) sind alle Arbeiter und Angestellte in das neue Recht übergeleitet worden.

Die circa 1000 Beschäftigten sind in allen Bereichen der Polizei beschäftigt. Dreiviertel von ihnen sind in den Entgeltgruppen unter EG 9 eingruppiert. Die höheren Eingruppierungen sind vorwiegend bei Spezialisten mit hoher Qualifikation, in der Technik oder bei Wissenschaftlern, z. B. im LKA zu finden. Neueinstellungen von Tarifbeschäftigten gibt es bei der Polizei Sachsen-Anhalt nur in seltenen Ausnahmefällen.

Der massive Stellenabbau in Sachsen-Anhalt trifft besonders die Tarifbeschäftigten, da in der Verwaltung überproportional Personal abgebaut werden soll. Aus diesem Grund nehmen fast alle Beschäftigten, die die Möglichkeit haben, die Angebote zur Altersteilzeit (ATZ) an. Bitter ist dabei, dass Kollegen, die gerne in ATZ gehen wollen, dies nicht dürfen, weil der Dienstherr sie für unverzichtbar hält. Leider sieht der Finanzminister dies nicht so und hält am Stellenabbau fest.

Die GdP versucht die Kollegen mit Beratungen und Fortbildungsmaßnahmen zu unterstützen. In diesem Jahr wurden zwei Tarifseminare durchgeführt und Angebote zur Vergleichsberechnung gemacht, die auch vermehrt angenommen wurden.

In seiner Sparwut hat das Land in den letzten Jahren vom Mittel der „korrigierenden Herabgruppierung“ Gebrauch gemacht und versucht dies auch weiterhin. Ein kleiner Erfolg ist hier das erfolgreiche Verfahren zur richtigen Eingruppierung der IT-Systembetreuer vor einiger Zeit.

*Jens Hüttich*

## ... in Thüringen

Seit 2006 ist der Tarifvertrag der Länder (TV-L) in Kraft. 2012 wurde der TV-L durch eine neue Entgeltordnung ergänzt. Diese hat für die vorhandenen Beschäftigten noch wenig Auswirkungen, da die bisherigen Eingruppierungen fortgelten.

Die 817 Tarifbeschäftigten der Thüringer Polizei sind zu knapp 75% in die Entgeltgruppen E 3 (150 Beschäftigte), E 4 (29) und E 5 (419) eingruppiert. 110 Beschäftigte in Entgeltgruppe E 6 und 44 Beschäftigte in E 9 komplettieren das Feld fast. Nur in wenigen Ausnahmen gibt es höhere Eingruppierungen für Spezialisten des LKA. Die Zahlen machen deutlich, dass den Tarifbeschäftigten auf dem Papier nur vorwiegend einfache Tätigkeiten oder Tätigkeiten mit geringer Schwierigkeit zugeordnet sind.

Tatsächlich werden Tarifbeschäftigten häufig auch schwierige Tätigkeiten übertragen, ohne dass sich das in der Eingruppierung wiederfindet oder gar zur Hebung von Stellen im Haushalt führen würde. Vorgesetzte werden immer wieder darauf hingewiesen, dass sie den Tarifbeschäftigten nur Tätigkeiten übertragen dürfen, die ihrer Eingruppierung entsprechen. Tarifbeschäftigte übernehmen immer wieder schwierige Aufgaben, ohne den entsprechenden Lohn dafür einzufordern, weil diese Tätigkeiten zum Teil anspruchsvoll sind und Spaß machen. Bestes Beispiel dafür sind die Sachbearbeiter Kosten/Wirtschaftsverwaltung in den Polizeiinspektionen. Seit 2008 waren diese Tätigkeiten in den Organisations- und Dienstpostenplänen mit einer E 6 ausgewiesen. In den neuen ODP taucht diese Eingruppierung nicht mehr auf, weil es das Innenministerium in fünf Jahren nicht geschafft hat, entsprechende Stellen im Haushalt zu schaffen.

Die GdP bemüht sich seit Langem darum, dass höherwertige Stellen für Tarifbeschäftigte zur Verfügung gestellt und die Beschäftigten dafür qualifiziert und entsprechend bezahlt werden.

*Edgar Große*

